

Stellungnahme der Verwaltung.

Fachbereich/e:	Jugendamt
Dezernent*in / Geschäftsführer*in:	Monika Nienaber-Willaredt
Verantwortlich:	Frenzke-Kulbach, Annette, Dr.

Gremium	Termin	Zuständigkeit	Status
Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie	22.04.2026	Kenntnisnahme	öffentlich

Tagesordnungspunkt.
Sprachförderung

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

die Bitte um Stellungnahme der Fraktion Bündnis90/Die Grünen und Volt beantwortet die Verwaltung wie folgt:

1. Der aktuelle Förderzeitraum für die „Maßnahmen zur Stärkung der alltagsintegrierten sprachlichen Bildungsarbeit in Kindertageseinrichtungen“ (sog. Sprach-Kitas) läuft von August 2025 bis Juli 2026. Die Verwendungsnachweisprüfung für die Förderung von Sprach-Kitas erfolgt wenige Monate nach Abschluss des jeweiligen Förderzeitraumes. Der LWL hat sich auf Nachfrage des Jugendamtes telefonisch dazu geäußert, dass im Rundschreiben 21/2025 vom 11.08.2025 klar benannt ist, dass keine Mittel, die sich aus anderen öffentlichen Förderungen ergeben (also auch KiBiz-Mittel) für den Eigenanteil im Rahmen der Sprach-Kitas (und anderer Förderprogramme) verwendet werden durften/dürfen. Der LWL verweist dazu auch auf die Antwort zu der kleinen Anfrage der SPD vom 7. November 2025 (DS Landtag NRW 18/16928).
2. Konkrete Finanzierungsdefizite wurden von zwei Trägern an die Stadt herangetragen. Auf Trägerseite besteht teils Unverständnis über die Situation, da der unmittelbare Bezug zum Kita-Betrieb als naheliegend empfunden wird. Ein Träger sieht in der Nutzung von KiBiz-Mitteln keine zweckfremde Verwendung, da sprachliche Bildung als Kernaufgabe nach §§ 19, 36 KiBiz verstanden wird. Allerdings ist dabei zu beachten, dass diese Paragraphen auf die alltagsintegrierte Sprachförderung abzielen - nicht auf extern geförderte Fördermaßnahmen wie das Sprach-Kita-Programm. Ein Träger verweist auf das LWL-Rundschreiben 36a/2009 zu Verwendungsmöglichkeiten von GTK-Rücklagen. Dieses Rundschreiben enthält jedoch einen ausdrücklichen Ausschluss der Verwendung von KiBiz-Mitteln für nicht KiBiz-finanzierte Angebote. Die Verwaltung geht davon aus, dass die Träger auch in der Vergangenheit die Eigenanteile im Sprachkita-Programm (und etwaig im Kita-Helfer*innen-Programm) durch eigene Vermögenswerte eingebracht haben.
3. Aktuell liegen dem Jugendamt keine Mitteilungen über die Reduzierung oder Beendigung der Sprachbildungsprogramme im laufenden Förderzeitraum vor. Ob und in welchem Ausmaß sich Veränderungen im Programmangebot Sprach-Kita ergeben, wird sich erst mit der nächsten Förderphase ab August 2026 zeigen. Sollten sich Angebote im aktuellen Förderprogramm unterjährig verändert haben, Angebote vorzeitig beendet oder Stellen nicht besetzt worden sein, wird dies erst im Rahmen der Verwendungsnachweise sichtbar werden.

Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass eine Nichtbesetzung gegebenenfalls auf den allgemeinen Fachkräftemangel zurückgeführt werden könnte und nicht zwingend auf finanzielle Gründe.

4. Die konkreten Folgen der Einführung von ABC-Klassen für die Bildungslandschaft sind derzeit noch nicht abschließend abzuschätzen. Zunächst ist davon auszugehen, dass die Einführung der ABC-Klassen eine stadtweite Auswirkung haben und sich nicht auf einzelne Sozialräume oder Stadtbezirke beschränken wird. Werden die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung zur nicht-altersgerechten Sprachentwicklung als vorsichtigen Indikator für Kinder, die potentiell an ABC-Klassen teilnehmen würden genommen, wären 38% aller untersuchten Kinder im Jahr 2024 von der Einführung der ABC-Klassen betroffen. Bei der nicht-altersgerechten Sprachentwicklung, wie sie bei der Schuleingangsuntersuchung in 2019 untersucht wurden, schwanken die Stadtbezirke zwischen 17% (Stadtbezirk Hombruch) und 80% (Stadtbezirk Innenstadt-Nord). Daher ist von einer flächendeckenden Einführung der ABC-Klassen auszugehen. Die möglichen Wechselwirkungen mit der Alltagsorganisation der Kitas sowie mit bestehenden Sprachförderangeboten werfen Fragestellungen auf, die noch nicht abschließend beantwortet werden können. Um diese komplexen Fragestellungen frühzeitig und strukturiert anzugehen, befasst sich derzeit eine fachbereichsübergreifende Arbeitsgruppe mit den sich abzeichnenden Herausforderungen.

Mit freundlichen Grüßen

Monika Nienaber-Willaredt
Stadträtin